

Veranstaltung mit Ilko-Sascha Kowalczuk in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus am 30. Mai 2002

Roter Stern über Deutschland

Ilko-Sascha Kowalczuk (Jahrgang 1967), Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung der „Gauck-Birthler-Behörde“ hatte zusammen mit Dr. Stefan Wolle, ebenfalls Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Havemann-Gesellschaft, im Jahre 2001 für den ORB eine dreiteilige TV-Dokumentation unter dem Titel „Roter Stern über Deutschland“ gestaltet, welche die Grundlage für das gleichnamige Buch bildete, das nun auch Gegenstand einer Lesung in der Bibliothek im Berliner Nikolaiviertel war.

Anhand von bisher geheimen Dokumenten und überraschenden Zeitzeugenaussagen werden in dem Buch u.a. das Innenleben der Sowjetkasernen und der streng abgeschirmten „Russenzentren“ sowie das konfliktreiche Verhältnis zur ostdeutschen Bevölkerung geschildert, aber auch die Kriegsvorbereitungen einer Armee, die dreimal stärker war als die Nationale Volksarmee der DDR, die an der Nahtstelle zwischen Ost und West atomare Mittelstreckenraketen auf mobilen Abschussrampen installierte und die am 17. Juni 1953 in der DDR und beim Einmarsch in der CSSR 1968 traurige Berühmtheit erlangte

Denkt man zurück an die fast fünfzigjährige Stationierung sowjetischer Truppen im Osten Deutschlands 1945 bis 1994, so fällt einem jedoch zunächst erst einmal das erste und zugleich schlimmste Kapitel jener Okkupationszeit ein, nämlich die Zeit bis 1950, die Zeit der Vergewaltigungen und Plünderungen, der Demontagen, Deportationen und Massenurteile durch sowjetische Militärtribunale. Es spricht bei Ilko-Sascha Kowalczuk für Feingefühl und für die Fähigkeit zum Differenzieren, wenn er im Prolog seines Vortrages betont, dass er diese schlimmste Epoche nicht erwähnen, dass er nicht monströse Gräueltaten – an denen die Geschichte der „Waffenbrüder-Klassenbrüder“ wahrlich nicht arm ist! – zusammenhanglos und willkürlich aneinander reihen will: „Ich habe mir vorher überlegt, mit was für einem Publikum ich zu tun haben werde, und bin in meiner Vorannahme auch bestätigt worden, gerade was das Alter der Zuhörer anbetrifft. Ich möchte also sozusagen nicht über ‚Ihre Jugend‘ reden. Das Thema etwa der Vergewaltigungsorgien werde ich nicht behandeln, einfach deshalb, weil gerade Sie diese frühe Geschichte nur zu gut kennen. Außerdem sind die spannendsten Fragen nach meiner Ansicht die nach dem inneren Zustand der sowjetischen Armee, weil wir darüber noch immer relativ wenig wissen.“

Die sowjetischen Besatzungstruppen verfügten bei Kriegsende im Frühjahr 1945 über 1,5 Millionen Soldaten und Offiziere. Zwei Jahre später war diese Armee in der sowjetischen Besatzungszone auf 350 000 Mann reduziert worden. 1948 erfolgte dann wieder eine Aufstockung auf 600 000 Mann. Ende der 50er Jahre lag die Personalstärke zwischen 400 000 und 500 000 Mann, seit Ende der 70er Jahre bei 380 000 bis 450 000. Hinzu kamen jeweils noch 150 000 bis 300 000 Zivilangestellte. Am Ende der DDR befanden sich also etwa 600 000 Sowjetbürger auf ostdeutschem Territorium.

Diente die sowjetische Armee ursprünglich der Aufrechterhaltung der Besatzungsmacht in der SBZ, so wurde sie später infolge der globalen Konfrontation

mit USA und NATO zur strategischen Vorhut der sowjetischen Militärmacht. Die Umbenennung der sowjetischen Besatzungstruppen in GSSD (Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland) am 26. März 1954 galt offiziell als das Ende des Besatzungsregimes für die DDR und symbolisierte, dass die sowjetische Regierung die Autorität der SED durch das Zugeständnis größerer Handlungsfreiheiten stärken wollte. Während die Streitkräfte innerhalb der Sowjetunion ebenfalls geographischen Regionen zugeordnet waren (z. B. Karpaten, Baltikum, Moskau, Sibirien), erhielten die im Ausland stationierten Truppen Namen, die nicht unmittelbar auf deren Standort verwiesen. Die „Nordgruppe“ etwa war in Polen stationiert, die „Zentralgruppe“ seit 1968 in der CSSR, die „Südgruppe“ in Ungarn. Die Bezeichnung „GSSD“ für die DDR war hier eine Ausnahme; erst im Juni 1989 wurden diese Einheiten in „Westgruppe“ umbenannt.

Im Staatsvertrag DDR-UdSSR vom 20. September 1955 war festgelegt worden, dass die auf dem Gebiet der DDR „zeitweilig stationierten sowjetischen Truppen sich nicht in die inneren Angelegenheiten und in das gesellschaftspolitische Leben des Landes einmischen werden“. Genauere Bedingungen sind im Stationierungsabkommen vom 12. März 1957 geregelt worden. Solche Abkommen waren auch mit anderen Ostblockstaaten abgeschlossen worden. Doch während Polen eine relativ große Selbständigkeit eingeräumt worden war, beinhaltete der Vertrag mit der DDR eine weitaus größere Abhängigkeit. So wurde die Bewegung der Sowjettruppen in der DDR außerhalb ihrer Standort überhaupt nicht erwähnt; in allen anderen Ländern bedurften Truppenbewegungen der Zustimmung des Gastlandes. Ebenso verhielt es sich mit Manövern. Auch die Verkehrssicherheit der Kraftfahrzeuge unterlag in der DDR allein der Zuständigkeit sowjetischer Behörden. Nur in der DDR verpflichtete sich die UdSSR nicht dazu, durch sowjetische Einheiten oder Soldaten entstehende Schäden zu ersetzen. Nur in der DDR gab es für die sowjetischen Einheiten keinen offiziellen Beauftragten des Gastlandes. Nirgendwo sonst war die Souveränität so eingeschränkt wie in der DDR.

Bis 1953 betragen die offiziellen Besatzungskosten in der SBZ/DDR etwa 2 Milliarden Mark jährlich. Insgesamt sind bis Ende 1953 rund 17 Milliarden Mark für Besatzungskosten aufgewendet worden, was im Pro-Kopf-Vergleich mit den Westzonen auf etwa die gleiche Höhe hinauslief. Ab 1954 senkten die Russen die Besatzungskosten offiziell auf etwa 1,6 Milliarden Mark. Im Juni 1956 wurde vereinbart, die Kosten auf 0,8 Milliarden Mark zu senken; im Jahre 1958 wurde offiziell sogar ihre völlige Abschaffung verkündet. Allerdings wurden diese Vereinbarungen nie eingehalten; stattdessen musste die DDR sogar höhere Besatzungskosten übernehmen, was für 1957 einen Aufwand von fast 3 Milliarden Mark bedeutete. 1980 bis 1989 waren es dann insgesamt 12 Milliarden Mark. Die Pro-Kopf-Belastung war damit inzwischen viermal höher als in der Bundesrepublik. Mindestens 11 Prozent des DDR-Nationaleinkommens wurde für die sowjetische Besatzungsmacht verwendet.

Staat und Gesellschaft der DDR waren durch Sowjetarmee, NVA, Betriebskampfgruppen, Volkspolizei u.a. in einem Rahmen militarisiert, der für Friedenszeiten in Europa keinen Vergleich kennt. Innerhalb der GSSD verfügte jede Division über taktische Kernwaffen. Bis weit in die 60er Jahre wurde die Einnahme westlicher Länder geübt und logistisch vorbereitet. Dazu zählten etwa die Herstellung von Militärgeld (4,9 Milliarden Mark wurden in Staatsbank-Depots in Berlin, Leipzig, Weimar, Stendal und Bergen 1955-1980 eingelagert), die Prägung von 8000 Tapferkeitsorden und der geheime Erlass eines entsprechenden Befehls über deren Verleihung im Ernstfall von 1985, die Vorbereitung Zehntausender von Flugblättern für das „Feindgebiet“, von Passierscheinen, von Rundfunkansprachen und von Reden an die kämpfenden Einheiten aus dem Jahre 1986 und vieles andere. Besonders

sorgfältig wurde die Einnahme West-Berlins von den Einheiten der GSSD und der NVA geübt. Noch 1988 entstand 30 Kilometer von West-Berlin entfernt ein Übungsplatz, wo eine moderne Großstadt nachgebaut und ihre militärische Einnahme geprobt wurde. Für 5500 West-Berliner existierten Verhaftungspläne, für die 604 wichtigsten Dienststellen im Westsektor stand bereits die vollständige personelle Besetzung nach der kommunistischen Eroberung fest.

Vier sowjetische Nachrichtendienste waren in der DDR tätig: der KGB mit 1500 Mitarbeitern, die Verwaltung der Sonderabteilung Militärische Abwehr bei der GSSD, die Abwehrgane der Baltischen Flotte und die GAU (Militärischer Abschirmdienst). Alle maßgeblichen Entscheidungen des MfS mussten mit dem KGB abgestimmt werden. Im Dezember 1979 schickte der stellvertretende Minister für Staatssicherheit der DDR, Generalmajor Gerhard Neiber, eine Hausmitteilung an Mielke, wonach täglich 50-100 Überprüfungsanträge des sowjetischen Geheimdienstes über die eigenen Mitarbeiter von der Stasi zu bearbeiten waren.

Ausbildung, Befehlsstruktur und damit der Kasernenalltag der Sowjetarmee waren von der Vorstellung einer permanenten Bedrohung geprägt. Dem hatte sich alles unterzuordnen. Die Soldaten waren vom Tage ihrer Einberufung an rechtlos, sogar der ohnehin wenigen staatsbürgerlichen Rechte vollständig beraubt. Sie waren in Mannschaftsräumen mit 50 bis 120 Männern untergebracht. Jeder Rest von Individualität ging hier verloren. Den jungen Männern gehörte nichts, sie hatten keinen persönlichen Besitz, keinen Spind oder irgendeinen anderen abschließbaren Raum. Der Tagesablauf war von der ersten bis zur letzten Minute durchgeplant und von einem extremen Kollektivismus gekennzeichnet. Sogar das Schreiben eines Briefes an die Eltern daheim erfolgte auf Befehl. Die kommunistische Armee kannte keinen Sonntag, keinen Ausgang und keinen Urlaub. Die Soldaten durften die Kaserne nicht verlassen, außer zu gemeinsamen Ausflügen in den nahegelegenen Zoo, nach Potsdam, in die Dresdener Gemäldegalerie oder auf die Wartburg. Das ereignete sich für jeden Wehrpflichtigen in zwei Jahren einmal. Ansonsten verließen sie die Kaserne nur zu Manövern, Übungen oder Arbeitseinsätzen. Die Ausbildung war hart und brutal, das Verhältnis zu den Vorgesetzten geprägt von bedingungsloser Unterordnung, zu der auch Schläge und Tritte gehörten. Ein sowjetischer Offizier schrieb: „Den Dienst kann man durchaus mit einer Gefängnishaft vergleichen.“ Der einfache Soldat erhielt einen Sold von etwa einem Rubel pro Tag sowie bis zu 25 DDR-Mark, den sie ausschließlich für Lebensmittel und Waschzeug ausgaben, denn die Verpflegung war einfach und spartanisch. Zwei Deserteure berichteten am 18.02.1987 dem ZDF nach ihrer Flucht: „Das Essen der einfachen Soldaten ist in jeder Hinsicht miserabel. Ich würde so was nicht mal meinen Hunden geben. Brei, nur Brei, morgens, mittags und abends.“ Ähnliches erzählten sie von der gesundheitlichen Betreuung: „Ich hatte eine Lungenentzündung mit 39 Grad Fieber und musste dennoch auf dem Hof arbeiten. Draußen waren 0 Grad und ich hatte nur meine Armeeunterwäsche an mit einem dreckigen Kittel darüber.“ Eine Blinddarmpoperation erfolgte bei demselben Soldaten ohne jede Betäubung. Das Verhältnis der einzelnen Diensthalthjahre zueinander war geprägt von Militanz, Brutalität und Nötigung bis hin zur Vergewaltigung. Schätzungsweise kamen pro Jahr in der DDR ca. 3000 Sowjetsoldaten ums Leben, davon ein Viertel durch Selbstmord.

In den 80er Jahren flüchteten jährlich etwa 400 bis 500 Soldaten aus ihren Einheiten. Gefasste Deserteure erwarteten bis zu 15 Jahren Lagerhaft oder die Todesstrafe.

So flüchtete am 09.09.1985 ein Soldat aus der Garnison Eckartshausen (Kreis Eisenach) mit einer Maschinenpistole und 60 Patronen, durchbrach Absperrgürtel,

erschoss einen Volkspolizisten und verletzte einen weiteren schwer. Schließlich wurde er durch mehrere Schüsse getötet.

Im August 1985 erfuhr ein Soldat, dass sein Bruder in Afghanistan gefallen sei. Er wollte deshalb zu seinen Eltern nach Hause und bat um Urlaub, der natürlich abgelehnt wurde. In seiner Verzweiflung nahm er sich eine Maschinenpistole mit Munition, erbeutete ein Taxi und wurde dann an einer Straßensperre am Bahnhof in Jena von rund achtzig Schüssen durchsiebt.

Die Bedingungen für Berufssoldaten der GSSD waren dagegen im Vergleich zu denen in der Sowjetunion deutlich besser. Die Gehälter waren doppelt höher und wurden z. T. in DDR-Mark ausgezahlt, sodass die Offiziere am „Konsumparadies“ DDR teilnehmen konnten. Auch die Wohnsituation war im Vergleich zum Heimatland UdSSR wesentlich besser. Die Familien lebten in Häusern, die nach 1945 beschlagnahmt worden waren oder in neuen „WBS-70“-Bauten. Es gab seit 1979 ein via Satellit aus Moskau übertragenes TV-Programm und schon seit 1945 eine eigene Tageszeitung sowie den Radiosender „Wolga“. Seit 1967 verfolgte die DDR ein spezielles Wohnungsbauprogramm für die GSSD. Insgesamt wurden bis 1988 über 32500 neuerbaute Wohnungen im Wert von 1,6 Milliarden Mark an die GSSD übergeben. Die GSSD verfügte 1987 in der DDR über 33100 Gebäude. Dennoch lebten 1600 Familien in Räumen, die nicht für Wohnzwecke geeignet waren. In 2100 Familien hatte jede Person weniger als fünf Quadratmeter Wohnfläche zu Verfügung. Rund 60 Prozent aller Familien hausten in überbelegten Wohnungen. Dennoch waren diese Wohnverhältnisse für die meisten sowjetischen Familien in der DDR weitaus günstiger als in der Heimat.

Das Leben der Offiziere und ihrer Familien vollzog sich in strenger Isolation von der Außenwelt. Privater Kontakt mit DDR-Deutschen war streng verboten.

Über Verbrechen von GSSD-Angehörigen in der DDR verrät eine Aufstellung des MfS vom Jahre 1985: „Besonders Vergewaltigungen wurden häufig durch Gruppentäter und unter Gewaltanwendung begangen. Diebstahlshandlungen wurden überwiegend durch Täter begangen, die sich zur Tatbegehung zusammengeschlossen hatten. Bei der Tatausführung wurden außerdem erhebliche Sachbeschädigungen durch Zerstörung in Kaufhallen, Wohnungen und Wochenendgrundstücken begangen. An der Begehung dieser schweren Straftaten war auch eine Reihe von Offizieren der GSSD beteiligt. In zahlreichen Fällen, vor allem bei Diebstählen und Sexualdelikten, wurden Militärkraftfahrzeuge benutzt. Einzelne Täter führten Schusswaffen mit.“ Die sowjetischen Vorgesetzten und Militärstaatsanwälte leugneten meist die Täterschaft sowjetischer Militärangehörigen, deckten die Schuldigen oder versetzten sie möglichst schnell zurück in die UdSSR. Die ostdeutschen Behörden durften nicht aktiv werden; erst 1985 erwog das MfS den Erlass eigener Haftbefehle gegen sowjetische Militärangehörige.

Infolge des fahrlässigen Umganges mit Munition und Waffen durch GSSD-Angehörige wurden mehrfach tödliche Unfälle verursacht. Immer wieder boten einzelne Offiziere Waffen und Munition deutschen Bürgern zum Kauf an, was bei der SED Panik auslöste, denn so könnten sich „Konterrevolutionäre“ ausrüsten. So wie die Delikte der Sowjetsoldaten zum Alltag der „deutsch-sowjetischen Freundschaft“ gehörten, ebenso zählten Straftaten gegen die Besatzer oder auch mit den Besatzern dazu.

Das MfS zählte z.B. vom 01.01. bis 31.08.1984 insgesamt 83 eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Handlungen gegen die GSSD, darunter auch drei Bundesbürger. Von ihnen wurden 5 Personen der Spionage verdächtigt, 6 Personen waren tötlich gegen sowjetische Soldaten vorgegangen, weitere sechs hatten Gold,

Uniformen und Benzin und vier Waffen und Munition von GSSD-Angehörigen gekauft. 62 Personen hätten „gehetzt und öffentlich herabgewürdigt“.

Die sichtbarste Hinterlassenschaft von 49 Jahren Besatzungszeit sind heute die sowjetischen Ehrenmale und Soldatenfriedhöfe. Der Bau von Siegesdenkmälern war im besetzten Europa schon 1945 begonnen worden, ungeachtet der ungeheuren Not im eigenen Land. Der gesamte Machtbereich der Sowjetunion wurde von dieser „Siegerästhetik“ geprägt. Allein auf dem Gebiet der DDR gab es 1974 (nach einer Auflistung des dortigen Instituts für Denkmalspflege) insgesamt 266 denkmalwürdige Ehrenhaine, Ehrenmale und Gedenkfriedhöfe. In den neuen Bundesländern gibt es heute nach jüngsten Angaben 3500 Soldatenfriedhöfe, auf denen über 356000 bekannte und unbekannte Sowjetsoldaten des zweiten Weltkrieges begraben liegen.

Es hat eine makabre Symbolik, dass die „neonazistischen“ Schmierereien im Dezember 1989 ausgerechnet am Sowjet-Ehrenmal in Berlin-Treptow vom alten Regime zum hochwillkommenen Anlass für eine letzte, vergebliche Kampagne zur Rettung des SED-Systems genutzt werden konnte. Die DDR-Macht stand und fiel mit der Macht sowjetischer Bajonette. Der „Große Bruder“ stand schon seit 1985 durch Gorbatschows „Glasnost“ und „Perestroika“ nicht mehr als schützende „starke Hand“ den kommunistischen Machthabern Ost-Berlins zur Seite. Dies war für sie der Anfang vom Ende.

Hans Brückl